



RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION



6033/07 (Presse 17)

VORLÄUFIGE FASSUNG

## MITTEILUNG AN DIE PRESSE

2779. Tagung des Rates

### Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen

### Allgemeine Angelegenheiten

Brüssel, den 12. Februar 2007

Präsident **Frank-Walter Steinmeier**  
Bundesminister des Auswärtigen  
der Bundesrepublik Deutschland

\* Zur 2780. Tagung des Rates (Außenbeziehungen) siehe gesonderte Pressemitteilung (Dok. 6039/07)

# P R E S S E

---

Rue de la Loi 175 B - 1048 BRÜSSEL Tel. +32 (0)2 281 6083 / 6319 Fax: +32 (0)2 281 8026  
[press.office@consilium.europa.eu](mailto:press.office@consilium.europa.eu) <http://www.consilium.europa.eu/Newsroom>

6033/07 (Presse 17)

1  
DE

**SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE**

**AUSSENBEZIEHUNGEN**

**Iran – Restriktive Maßnahmen**

Der Rat hat im Einklang mit der Resolution 1737 (2006) des VN-Sicherheitsrates (UNSCR 1737(2006)) eine politische Einigung über den Entwurf eines Gemeinsamen Standpunkts über restriktive Maßnahmen gegen Iran erzielt, mit dem Iran dazu bewegt werden soll, eine Reihe proliferationsrelevanter nuklearer Tätigkeiten unverzüglich auszusetzen.

In diesem Entwurf, der auf einer der nächsten Ratstagungen förmlich angenommen werden soll, sind folgende restriktive Maßnahmen vorgesehen:

- ein Verbot der Lieferung bzw. Bereitstellung von Gütern, Technologien, Finanzmitteln oder Finanzhilfen, die zu den mit Anreicherung, Wiederaufbereitung oder Schwerwasser zusammenhängenden Aktivitäten oder zur Entwicklung von Trägersystemen für Kernwaffen beitragen könnten;
- ein Verbot der Visumerteilung an Personen und ein Einfrieren der Vermögenswerte von Personen oder Einrichtungen, die in der UNSCR 1737(2006) aufgelistet sind und vom VN-Sicherheitsrat oder vom Sanktionsausschuss benannt werden, sowie von weiteren Personen oder Einrichtungen, die mit den proliferationsrelevanten nuklearen Tätigkeiten Irans oder mit der Entwicklung von Trägersystemen für Kernwaffen direkt in Verbindung stehen oder Unterstützung dafür bereitstellen;
- Maßnahmen, mit denen verhindert werden soll, dass iranische Staatsangehörige Fachunterricht oder Fachausbildung in Disziplinen erhalten, die zu den proliferationsrelevanten nuklearen Tätigkeiten Irans und zur Entwicklung von Trägersystemen für Kernwaffen beitragen würden.

**Liberia – Restriktive Maßnahmen**

Der Rat nahm einen Gemeinsamen Standpunkt zur Änderung und Verlängerung der restriktiven Maßnahmen an, die mit dem Gemeinsamen Standpunkt 2004/137/GASP im Einklang mit der Resolution 1731 (2006) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen gegen Liberia verhängt worden waren (*Dok. 5072/07*).